

Stellungnahme Gegenvorschlag: Initiative «1 % gegen globale Armut»

Heute, am 5. Juli 2022, veröffentlicht der Luzerner Stadtrat den Bericht+Antrag zur Volksinitiative «1 % gegen globale Armut» mitsamt einem Gegenvorschlag. Das Initiativkomitee begrüsst das Bekenntnis des Stadtrats zur globalen Solidarität und sieht den vorliegenden Gegenvorschlag als Würdigung des Initiativanliegens. Insbesondere die vorgeschlagene Erhöhung des Solidaritätsbeitrags von jährlich 110'000 auf 414'000 Franken ist angesichts der globalen Sicherheits- und Gesundheitskrisen angebracht und notwendig.

Kaffee oder Chügelipastete?

Der Gegenvorschlag sieht eine Erhöhung des Solidaritätsbeitrags auf ungefähr 5 Franken pro Luzerner*in pro Jahr vor. Je nach Lokal also ungefähr einen Kaffee pro Person pro Jahr. Die 1% Initiative schlägt eine Erhöhung auf rund 20 Franken pro Person pro Jahr vor – also etwa den Preis einer Chügelipastete. Ziel der Erhöhung ist jedoch nicht ein gemütliches Abendessen, sondern Entwicklungsprojekte zu unterstützen, welche die Lebensrealitäten von vielen Personen, die in extremer Armut leben, konkret und nachhaltig verbessern.

Viel Verbesserungspotenzial

Aus Perspektive des Initiativkomitees vernachlässigt der Gegenvorschlag des Stadtrats bedauerlicherweise drei wesentliche Aspekte des Initiativanliegens.

1. Die Initiative sieht explizit einen Ausbau der internationalen Entwicklungszusammenarbeit vor, was insbesondere einen Beitrag zur Armutsbekämpfung im Ausland bedeutet. Mit der geplanten Nothilfe in Krisensituationen im In- und Ausland beruft sich der Gegenvorschlag auf ein generelleres Verständnis von globaler Solidarität, welches auch Beiträge im Inland ermöglicht, und nimmt damit eine zentrale Forderung der Initiative nicht auf.
2. Der Gegenvorschlag beschränkt sich auf Katastrophenhilfe, und berücksichtigt die Dimension der Entwicklungszusammenarbeit nicht. Im Gegensatz zu Hilfsbeiträgen im Krisenfall beinhaltet die Entwicklungszusammenarbeit Projekte, welche einen nachhaltigen Beitrag zur globalen Armutsbekämpfung leisten. Durch den exklusiven Fokus auf Katastrophenhilfe vergibt der Gegenvorschlag die Chance, eine wichtige Investition im langfristigen Kampf gegen extreme Armut auf dieser Welt zu tätigen.
3. Der Gegenvorschlag sieht mit CHF 414'000 einen Finanzrahmen vor, der knapp viermal höher liegt als der aktuelle Solidaritätsbeitrag. Das Initiativkomitee begrüsst diese Erhöhung gegenüber dem Status Quo, muss aber festhalten, dass ein solidarischer Beitrag von gut einem Promille des ordentlichen Gemeindesteuerertrags weit unter den Möglichkeiten der Stadt Luzern liegt, die seit Jahren Millionengewinne im zweistelligen Bereich schreibt. Ein Kaffee ist ein guter Anfang, aber wir sind überzeugt, dass die Stadt Luzern ihre Ambitionen mindestens bei einer Chügelipastete ansetzen sollte.

Aus diesen Gründen lehnt das Initiativkomitee den Gegenvorschlag in der vorgelegten Form ab und steht weiterhin hinter der Initiative und deren Kernforderungen. Verschiedene Parteien unterstützen das Initiativanliegen, und über eintausend Unterschriften unterstreichen den Volksauftrag.

Kontakt

info@einprozent-luzern.ch